

Dr. jur. W. Velde  
Rechtsanwalt  
Wuppertal- Elberfeld  
Nevigeserstrasse 49

Wuppertal- Elberfeld, den 9.7.1949  
Dr. V/F.

93

Eingegangen am 9. Juli 1949  
gez. Köhler, Justizangestellter  
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle  
des LG.

An das  
Landgericht - 5. Strafkammer  
in Wuppertal.

In der Strafsache  
gegen B a e c k e r u. And.  
- 5 Ks. 1/48 ( 15/V)

lege ich als Verteidiger des Angeklagten Wimmershoff gegen  
das am 4.7.1949 verkündete Urteil des Schwurgerichts in Wuppertal  
insoweit

#### R e v i s i o n

ein, als der Antrag des Angeklagten Wimmershoff, die ihm er =  
wachsenen notwendigen Auslagen gemäss § 467 Abs. 2 StPO. der  
Staatskasse aufzuerlegen, zurückgewiesen worden ist.

Ich beantrage, unter Abänderung dieser Entscheidung die dem An =  
geklagten Wimmershoff erwachsenen notwendigen Auslagen der  
Staatskasse aufzuerlegen.

Es wird die Verletzung des § 467 StPO. gerügt. Es ist einem  
Angeklagten unbenommen, in der höheren Instanz die Zuerkennung  
dieses Erstattungsanspruchs zu erwirken (vergl. hierzu: Löwe =  
Rosenberg StPO. 1922 zu § 499 Anm. 3).

Wenn auch eine Nachprüfung in tatsächlicher Hinsicht in der  
Revisionsinstanz ausgeschlossen ist, so ist doch eine Nachprü =  
fung der Ermessungserwägungen auch in der Revisionsinstanz  
möglich. Es entspricht auch den Grundsätzen der Billigkeit, dem  
Angeklagten Wimmershoff die ihm erwachsenen notwendigen Auslagen  
zu ersetzen. Für den Angeklagten geht es in der Hauptsache  
um den Ersatz der Verteidigerkosten. Die Verteidigung vor dem  
Schwurgericht war eine notwendige. Wenn der Angeklagte Wimmers =  
hoff von seinem Recht, die Bestellung eines Officialverteidigers  
zu beantragen, keinen Gebrauch gemacht hat, so war er dazu  
veranlasst worden, weil ihm das Gericht nicht den Anwalt seines  
Vertrauens beordnen wollte. Das kann und darf aber nicht

dazu führen, die Kosten einer notwendigen Verteidigung dem Angeklagten aufzubürden, obwohl er im vollen Umfange freigesprochen worden ist.

Es wird auch auf die einschlägigen ministeriellen Erlässe und Verfügungen verwiesen, nach denen bei der Prüfung des Anspruchs aus § 467 Abs. 2 StPO. grosszügig verfahren werden soll.

gez. Dr. Valde, RA.



Beglaubigt:

*Hiedgens*  
Justizobersekretär.